

Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden Udo Bonk zum Haushalt 2014

Es gilt das gesprochene Wort.

Sperrfrist: 11. Februar 2014 17:00 Uhr

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Mitglieder des Rates,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen u. Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger.

Können sie sich noch an den Anfang der Haushaltsrede des Kämmerers bei der Einbringung des Haushaltes 2014 erinnern? Er zitierte die Münsterländische Volkszeitung vom 13. März 2013 mit dem Satz: „*Es geht aufwärts bei den Finanzen*“, denn der Haushalt 2013 sah in der mittelfristigen Finanzplanung für 2016 einen Überschuss i. H. v. 900 TEuro vor.

Am Schluss seiner Rede allerdings stellte er nüchtern fest: Zitat: „*Von Entwarnung keine Spur*“ so müsste dieses Jahr die Schlagzeile der MV zum Haushalt 2014 lauten“.

In der Tat sind wir von einer Entwarnung bei unserem Haushalt weit entfernt.

Meine Damen und Herren, eins steht doch fest: „Wir müssen die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt auch weiterhin sichern“ und das muss das gemeinsame Ziel aller Parteien mit höchster Priorität sein.

Nehmen wir uns daher zu Herzen, was einmal Ludwig Erhard gesagt hat:

"Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken."

Im Gegensatz zur Bundes- oder Landespolitik, ist die Kommunalpolitik eine Basispolitik, das heißt, sie ist unmittelbar und direkt und deshalb besonders hoch einzuschätzen. Wir, als ehrenamtliche Politiker, gestalten das Leben vor Ort und unser Tun und Handeln ist für unsere Mitmenschen in Rheine sofort sicht- und spürbar.

Es ist daher für eine Kommune wie Rheine höchst bedrohlich, wenn uns ständig neue Aufgaben von Bund und Land auferlegt werden, aber man nicht die dafür erforderlichen Mittel bereitstellt.

Ich möchte jetzt nicht mit Zahlenspielerereien langatmige Schuldzuweisungen gegenüber Bund und Land aufzeigen.

Lassen sie mich daher nur kurz auf ein Beispiel eingehen.

Aus der Rede des Kämmerers war zu entnehmen, dass die Schlüsselzuweisungen des Landes für Rheine im Jahr 2014 deutlich geringer ausfallen werden. Im Vergleich Haushaltsplan 2013 zu 2014 werden es rd.1,8 Mio. € weniger sein. Das hängt u. a. mit einer stärkeren Rheinenser Steuerkraft sowie mit Ergebnissen des Zensus zusammen. Gegenüber den bisherigen Eckdaten aus der mittelfristigen Finanzplanung bedeutet die Modellrechnung des Landes ein „Weniger“ von über 3 Mio. € für die Stadt Rheine.

Meine Damen und Herren, der Haushalt der Stadt Rheine, den wir für 2014 zu verabschieden haben, ist wieder einmal nicht ausgeglichen.

Wenn man dann allerdings auf der Einnahmeseite sieht, dass Steuerzuwächse zu erwarten sind, ist das für die Bürgerschaft zunächst nicht nachzuvollziehen.

Das Jahresergebnis 2014 schließt mit einem Minus von 9,24 Mio Euro ab. Dazu kommen noch die Abschreibung auf Finanzanlagen für die EWG und TAT, so dass wir auf eine Unterdeckung von 10,6 Mio Euro kommen.

Das heißt, diese Summe ist erneut nur durch eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage (Eigenkapital) bereitzustellen

Irgendwann ist die Rücklage aufgebraucht. Was machen wir dann?

Wie dramatisch diese Situation ist, zeigt der Eigenkapitalverzehr seit 2006 (Einführung NKF) bis Ende 2014 i. H. v. rd. 98,4 Mio. Euro (28,3 %)

Das führt dazu, dass unser Handlungsspielraum immer enger und ein ausgeglichener Haushalt immer schwieriger wird. Um trotzdem Herr des Geschehens zu bleiben, müssen wir ein Haushaltssicherungskonzept unter allen Umständen vermeiden.

Der Haushalt der Stadt Rheine ist weitgehendst ausgesaugt. Aus diesem Grund hat auch die Bürgermeisterin die Strategie- und Finanzkommission, die an sich Einsparpotentiale aufzeigen sollte, aufgegeben. Das ist übrigens auch mit Zustimmung von SPD und Grünen geschehen, die aktuell mehr sparen wollen.

Allerdings sagen sie nie, wie sie es machen wollen. Nur auf den Baukosten für die Sekundarschule im Schotthock herumzureiten, die noch nicht einmal feststehen und, wie sie wissen, gar nicht zum Ergebnishaushalt gehören, ist zu kurz gesprungen. Aber darauf komme ich gleich noch.

Meine Damen und Herren, es liegt auf der Hand, dass eine HH-Rede, jetzt am Ende der Legislaturperiode, politischer ausfällt, als sonst üblich.

Es gilt daher die erfolgreiche Bilanz der CDU - Fraktion der letzten Jahre herauszustellen. Wir haben viele Projekte und Maßnahmen angeschoben, die wichtig für die Weiterentwicklung der Stadt sind.

Die "Politische Kompetenz" der CDU-Ratsfraktion ist deutlich sichtbar. Wir waren die Gestalter - Verwaltung und Bürgermeisterin haben die Leitlinien der von uns mitgeprägten Politik umgesetzt.

SPD und Grüne allerdings, von denen man eigentlich erwartet, dass sie die Bürgermeisterin stützen, verweigern immer wieder in wichtigen Fragen der Bürgermeisterin und der Verwaltung die Zustimmung.

Da sind viele Haushalte der letzten Jahre zu nennen - auch heute wird es sicher der Fall sein - die SPD und Grüne abgelehnt haben. Aber auch bei Wirtschaftsfragen oder bei den Standortvorschlägen der Verwaltung zu Sekundarschulen haben SPD und Grüne sich verweigert.

Meine Damen und Herren der SPD und der Grünen, wie wollen sie Kommunalpolitik in Rheine gestalten, wenn sie, wie in den letzten Jahren, den Haushalt, der eine Basis für Kommunalpolitik darstellt, ablehnen. Stehlen sie sich nicht aus der Verantwortung, sondern gestalten sie mit.

Ich meine, auch die innere Situation der SPD und der Grünen, müssen heute offen angesprochen werden, sind sie doch ein Zeichen der inneren Zerrissenheit beider Parteien.

SPD:

Ich denke da an:

- den Verkauf einer Sachspende des Vorsitzenden des Sozialausschusses,
- die gefälschten Leserbriefe des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und Wahlkampfleiter der Bürgermeisterin,
- die E-Mail - Aktionen sowie Klageverfahren von der gleichen Person, die eine immense Kraft der Verwaltung kosten,
- den Rauswurf von Frau Fehrmann, aus der SPD - Fraktion, nur weil sie es wagte, die Bürgermeisterin zu kritisieren,
- den Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht eines SPD - Ratsmitgliedes bei den EWG-Aufsichtsrat - Protokollen,

Grüne:

- Wie stark die Grünen zerrissen sind, zeigt die Abspaltung von rund 50% der Mitglieder und Mandate an die Alternative für Rheine,
- und zeigt sich bei dem Rauswurf der Öffentlichkeit bei der Kandidaten-Aufstellung - aber gleichzeitig mehr Transparenz fordern.

Lassen sie mich nun auf einige Investitionen und kommunalpolitische Entscheidungen eingehen, die für uns von besonderer Bedeutung sind.

Stadtentwicklungsprojekte:

Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt für Kinder und Jugendliche hat oberste Priorität. Zur Zukunftsfähigkeit gehört aber auch eine zielorientierte Stadtentwicklung und Förderung der Wirtschaftskraft in der Region.

Diesen Themenfeldern fühlt sich die CDU-Ratsfraktion in Rheine in besonderer Weise verpflichtet. Deshalb haben wir in den letzten Jahren entscheidend an der Weiterentwicklung dieser Stadt gearbeitet.

Dabei hilft uns unser Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept, welches die Verwaltung und Politik, zusammen mit den Bürgern entwickelt haben.

Dieses integrierte Entwicklungs- und Handlungskonzept wollen wir umsetzen. In diesem Konzept sind für die Innenstadt von Rheine zwei Ansätze von besonderer Bedeutung:

- die Rahmenplanung Innenstadt, die heute ebenso zur Verabschiedung ansteht und**
- die Umsetzung des Projektes „Emsgalerie“**

Rheine, die Einkaufsstadt hat es über viele Jahrzehnte im nördlichen Münsterland und südlichen Emsland geheißen.

Diesen Status hat die Stadt in den letzten 10 Jahren verloren. Dieses gilt es zu ändern. Nach langen Vorbereitungen haben wir als Stadt in einem sehr engen Prozess mit dem Investor, Herrn Klaas, dieses Projekt begleitet und jetzt zur Baureife geführt. Rheine wird mit der Realisierung dieser Maßnahme, die wir transparent, unter Einbeziehung der Bürgerschaft erarbeitet haben, an Attraktivität gewinnen und neue Käuferströme nach Rheine führen.

Die Rahmenplanung Innenstadt schafft den ganzheitlichen Rahmen dafür, dass wir weite Teile der Innenstadt neu gestalten.

Viele Bereiche der Stadt sollen mittelfristig ein neues Gesicht bekommen. Das kostet viel Geld, das wir allein nicht haben. Die Rahmenplanung wird uns helfen, die dringend notwendigen Fördermittel einzuwerben. Wir sind uns sicher: Rheine wird mit diesen beiden Maßnahmen: Emsgalerie und Rahmenplanung Innenstadt gewinnen.

Wohin eine kluge und auf Langfristigkeit orientierte Politik führen kann, ist auch an den ehemaligen Bahnflächen Rheine R und Innovationsquartier zu sehen. Heute sehen wir am Beispiel des Innovationsquartiers Lindenstraße, welches ein Aufbruch hier im

Bereich der Dienstleistung organisiert wird und welche gute städtebauliche Lösungen gefunden wurden.

In Rheine R wird die Umsetzung eher mittelfristig angelegt sein. Erste Verkäufe sind dort getätigt. Letztlich wird aber die Attraktivität dieser Flächen erst mit der Direktanbindung (Querspange) an die B 481 einsetzen. Die CDU Rats- und Kreistagsfraktionen haben nun gemeinsam erreicht, dass Kreis Steinfurt und Stadt Rheine die Restkostenfinanzierung dieser Kreisstraße sicher stellen. Hier kommt es vor allem auf die dringend notwendigen Fördermittel des Landes NRW an. Rot-Grün wird auf Dauer die Einstellung der Landesförderung bei Neubau-Straßenvorhaben nicht durchhalten. Es wäre schön, wenn sich die hiesige SPD und Grüne aktiv einbringen und auf die rot-grüne Landesregierung einwirken, entsprechende Fördermittel bereitzustellen.

Positiv entwickelt sich das Projekt „Soziale Stadt Dorenkamp“. Mit Augenmaß haben wir ein Förderkonzept entwickelt, welches jetzt nach und nach umgesetzt wird.

Beratung von Privateigentümern, Fassadenprogramme, Schulplatz-Gestaltung und soziale Begleitmaßnahmen stehen für 2014 an.

Auch die lang umstrittene Hochwasser-Schutzmauer an der Ems kommt so langsam auf die Zielgeraden. Es war richtig, das Konzept der ehemals starren bis auf 1,70 hohen Schutzmauer in ein flexibles Konzept der Hochwassersicherung mit festen und flexiblen Elementen zu ändern. Auch hier war die CDU mit den Bürgerinteressen immer in einem Boot.

Durch den Abzug der Bundeswehr in Rheine sind viele Konversions-Liegenschaften entstanden, die die Stadtplanung erheblich beeinflussen. Die erhofften Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Land sind eher bescheiden. Daher haben wir erkannt, dass wir selbst der Motor einer neuen Perspektive sein müssen.

Mit der Umnutzung der Kaserne Gellendorf in die Konzeption „Gartenstadt Gellendorf“ ist uns eine gute städtebauliche und wirtschaftliche Lösung gelungen.

Für die General-Wever-Kaserne wurde im Rahmen eines Schlaun-Wettbewerbes ein erstes städtebauliches Konzept entwickelt. Hier könnte ein Hochschulstandort mit Dienstleistungsfunktionen und Wohnungsbauflächen entstehen

Auch die Damloup-Kaserne auf den Dorenkamp wird einer städtebaulichen Lösung zugeführt werden, um die städtebaulichen Defizite des Dorenkamps anzugehen.

Die große und sehr weit außen liegende Kaserne Bentlage mit dem dortigen Flugplatz macht noch erhebliche Sorgen.

Wir könnten uns dort gut ein Energie- und Entwicklungszentrum vorstellen, um die Ideen des Klimastandortes Rheine weiterzuführen

Auch den Wohnungsbau vor Ort haben wir bedarfsgerecht angefasst. Durch neue Wohnungsbauflächen haben viele Stadtteile in Rheine profitiert. Bezahlbares und ausreichendes Bauland sind ein Sozialfaktor für Familien und ein Wirtschaftsfaktor für Betriebe.

Wirtschaftsförderung:

Die Wirtschaftsförderung in Rheine ist uns seit vielen Jahren ein Herzensanliegen. Deshalb haben wir dazu beigetragen, dass die EWG in Rheine zu einem anerkannten Kompetenz - Zentrum für den Mittelstand weiterentwickelt worden ist.

Die Bestandspflege ist das A) und O) der Wirtschaftsförderung. Danach setzt erst die Akquisition neuer Firmen ein. Ziel ist es, Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen, die innovativ und zukunftsorientiert sind.

Die Vermarktungspolitik der letzten Jahre für Industrie- und Gewerbeflächen war überaus erfolgreich. Aktuell verfügt die Stadt über Industrieflächen nur noch im GVZ. Mit Rheine R haben wir zwar zu den Gewerbeflächen im Norden und Osten der Stadt noch Alternativen, aber in den nächsten Jahren müssen wir neue Industrieflächen erwerben und ausweisen. Schon heute wird deutlich, dass die Neuerschließung viel Geld verschlingen wird.

Die Folgen des Abzuges der Bundeswehr in Rheine, die Schließung der Zeche in Ibbenbüren und die Abschaltung des Kernkraftwerkes in Lingen sind erheblich. Die Belastungen für diese Region sind deutlicher als die oft beschriebene Wirtschaftskrise in Bochum. Auch wir brauchen Hilfe – Unterstützung, die uns leider nicht, so wie es im Ruhrgebiet geschieht, gewährt wird. Wir haben daher als Stadt Rheine die Initiative für einen regionalen Wirtschaftspakt ergriffen. Zusammen mit den Nachbarorten und Städten in der Region wollen wir einen „Masterplan zur Stärkung des Wirtschaftsraumes Region Rheine-Ibbenbüren-Lingen-Nordhorn etc. erstellen. Dazu wurde entsprechendes Personal eingestellt und erste erfolgreiche Abstimmungsgespräche geführt. Nur mit einem solchen Konzept haben wir die Chance auf eine finanzielle Förderung durch EU, Bund und Land. Nur gemeinsam sind wir stark und erfolgreich.

Viele Jahre haben wir gebraucht, um das Stadtmarketing in Rheine aufeinander abzustimmen und miteinander zu vernetzen. Auch hier waren wir politisch zunächst alleine, inzwischen gibt es keinen Zweifel an einem integrierten, vernetzten - zentralen Stadtmarketing. Die Koordinierungsstelle für alle Partner haben wir bei der EWG angesiedelt.

Zu den leider noch ungelösten Punkten zählt die Hertie-Immobilie im Rathauszentrum. Das hier noch keine Lösung präsentiert werden kann, liegt nicht an den vielen Akteuren in der Stadt Rheine. Es gab immer wieder interessante Nutzungskonzepte. Die Nachfrage nach diesem Standort war groß.

Alle Bemühungen scheiterten bislang an wirtschaftlichen Fragen. Es ist kein Geheimnis, dass der Finanzinvestor rund 24 Mio. Kredite für diese Immobilie ausgelegt hat. Wirtschaftlich ist dieses Haus aber eher bei rd. 6 Mio. € anzusiedeln. Die erkennbaren Verluste wollte der Eigentümer bislang nicht realisieren und hat sich deshalb gegen viele Mieter und Käufer entschieden. Inzwischen wächst die Einsicht. Wir werden als Stadt Rheine alle sinnvollen und produktiven Ansätze für eine neue Nutzung unterstützen. Wir werden aber nicht Millionen an Zuschüssen zahlen, damit ein Finanzspekulant überlebt. Das Projekt braucht seine Zeit. Wir sind davon überzeugt, dass auch mittelfristig hier wirtschaftliche Nutzungen möglich werden.

Jugend- und Sozialpolitik

Der Aufwand für Jugend und Soziales, der jetzt schon den größten Teil des Gesamtaufwandes ausmacht, wird in den nächsten Jahren vermutlich weiter steigen. Ein Gegensteuern etwa bei den Fallzahlen ist kaum möglich.

Im Sozialbereich geht es um wichtige und vielfältige Aufgaben, zwei will ich nennen. Die Integration von ausländischen Mitbürgern, Flüchtlingen, Spätaussiedlern und Migranten ist eine Daueraufgabe. Unser Migrationsbeauftragter hält uns jedes Jahr einen Spiegel vor. Es geht voran, aber wir haben noch einiges zu tun.

Als zweites will ich das Stichwort Inklusion nennen. Hier müssen wir ehrlich sein. Alle wollen die Umsetzung. Niemand kennt so recht den richtigen Weg und Geld ist auch nicht da. Es kann und darf aber nicht sein, dass die Kommunen mit der Finanzierung alleine gelassen werden, das Konnexitätsprinzip muss hier zwingend greifen. Aber wir müssen uns dieser Herausforderung stellen und wir werden auch das Machbare umsetzen.

Im Jugendhilfebereich kommt der Aufbau der U3-Plätze voran, dennoch fehlen nach wie vor Plätze. In einzelnen Einrichtungen sind auch Ü3-Plätze nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Die mangelnde Flexibilität bei der Belegung von U3- und Ü3-Plätzen ist ein Ärgernis und muss endlich auf Landesebene geklärt werden. Jedes U3-Kind in Rheine wird einen Betreuungsplatz, entweder in einer KiTa oder in einer Tagespflege, erhalten wie auch jedes Ü3-Kind in einer KiTa. Jedoch wird der Platz nicht immer in der Wunscheinrichtung zur Verfügung gestellt werden können.

Als weiteres ist der Bereich „Hilfe zur Erziehung“ zu nennen. Trotz eines deutlichen Ausbaus der ambulanten Leistungen in den vergangenen Jahren gelingt es nicht die Fallzahlen zu reduzieren. Haben wir in unserer Gesellschaft ein zunehmendes Erziehungsproblem? Durch verstärkte Präventionsprogramme, beispielhaft sind hier die "Frühen Hilfen" zu nennen, lässt sich dem hoffentlich begegnen.

Kultur

Zu einer lebens- und liebenswerten Stadt gehört auch ein attraktives kulturelles Angebot. Davon profitiert selbst die Wirtschaft, - im weitesten Sinne ist das kulturelle Angebot damit auch ein Teil Wirtschaftsförderung -.

Die Stadt Rheine hat auf kulturellem Gebiet, durchaus Einiges zu bieten, wobei wir uns darüber im Klaren sein sollten, dass es Kultur zum Nulltarif nicht gibt. Ein vielfältiges Angebot bietet z.B. die Musikschule den Kindern und Jugendlichen. Durch den Zusammenschluss mit der VHS konnten Einsparungen erreicht werden. Wir werden die Kosten im Auge behalten.

Unsere Stadtbücherei hat sich prächtig entwickelt und steht im Ländervergleich gut da, wenn auch auf Grund unserer finanziellen Rahmenbedingungen ein Spitzenplatz nicht möglich ist.

Gut etabliert haben sich die Theater- und Konzertveranstaltungen. Um aber hier zu einer höheren Kostendeckung zu kommen, stimmen wir dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Theaterpreise moderat zu erhöhen.

Im Rahmen des Stadtjubiläums des vergangenen Jahres hat besonders die Morrien - Ausstellung beeindruckt.

Allen die daran mitgewirkt haben, besonders dem Team des Falkenhof - Museums, möchte ich noch einmal herzlichen Dank sagen.

Ein weiteres Aushängeschild ist die Begegnungsstätte Kloster Bentlage. Hier, wie auch in anderen Bereichen, lebt Kultur zu großen Teilen von den Aktivitäten und dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Vereinigungen der Kunst, Kultur und Heimatpflege tragen wesentlich zur kulturellen Vielfalt bei. Das ist schon ein starkes Pfund. Wir fördern die Aktivitäten in angemessener Weise, wissen aber auch, dass hier und da Wünsche offen bleiben müssen (Heimatmuseum). Aber nochmals - unsere Finanzen sind leider begrenzt.

Sport

Die Stadt Rheine bietet im Bereich des Sports eine Vielzahl an Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme für Menschen in Rheine. Dabei sind die Vereine - auch hier getragen durch ein hohes ehrenamtliches Engagement - die Basis des Sports. Die Sportvereine leisten einen enormen Beitrag für die Sportstadt Rheine und benötigen eine verlässliche und planbare Unterstützung, sowohl ideell als insbesondere auch finanziell. So haben wir in den letzten Jahren für die Sportvereine mit der Erhöhung des Zuschusses für die Platzpflegekosten und der garantierten Förderung von 25 Prozent zu den

Betriebskosten einen weiteren Beitrag zur Sicherung leisten können. Dazu trägt auch die Neufassung der Sportförderrichtlinien bei, die einen deutlichen Schwerpunkt bei der Sanierung und Instandhaltung mit einem Zuschuss von bis zu 70 Prozent für die Sportvereine setzt. Ebenso die Reduzierung der Sportstättennutzungsgebühren von rund 25 Prozent, die ebenfalls zu Entlastung der Kassen in den Vereinen führt.

Ein besonderer Tag für den Sport war zweifelsohne der 7. Juli 2013. An diesem Tag wurde im Jahnstadion der erste Kunstrasenplatz eingeweiht. Gab es in der Planung durchaus den ein oder anderen, der bezweifelt hat, dass wir in diesen Zeiten solche Projekte realisieren konnten, so wird deutlich, was auch bei angespannten Kassenlagen erreicht werden kann, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen und zwar in die gleiche Richtung. Dafür unseren Dank an die Fußballvereine, den Stadtsportverband, die Sportpolitik und selbstverständlich auch die Verwaltung mit ihrem Sportservice.

Schulpolitik

Gute Bildung ist eine wesentliche Grundlage für die Entfaltung der Persönlichkeit. In der schulischen Bildung ist die Förderung der Kreativität und Leistungsfähigkeit unserer Kinder eine der wichtigsten Investitionen in die Zukunft. In den vergangenen Jahren wurde in diesen Bereichen unter anderem der Ausbau der offenen Ganztagsbetreuung an den Grundschulen in den besonderen Fokus genommen. In Rheine wurden in den vergangenen Jahren rund 780 Plätze im offenen Ganztags geschaffen. Für die Betreuung konnten kompetente Kooperationspartner im Bereich der kulturellen und sportlichen Förderung gewonnen werden. Aus unserer Sicht wird der Stellenwert und die Bedeutung des offenen Ganztages sowie Betreuungsangebote bis 14 Uhr weiter zunehmen und einen wichtigen Baustein in der schulischen und außerschulischen Bildung einnehmen. Die CDU-Fraktion tritt für eine umfassende und differenzierte Förderung und Betreuung mit den Kooperationspartnern und deren Qualifizierung ein. Aus diesem Grund ist es für die CDU-Fraktion ein wichtiges Anliegen, jedem Kind einen Platz im offenen Ganztags oder einer anderen Betreuungsmöglichkeit anbieten zu können, wenn es diesen wünscht. Dazu hat die CDU Rheine einen Antrag an die Verwaltung gestellt, ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten, welches den aktuellen Sachstand sowie die zu erwartenden Bedarfe darstellt und Möglichkeiten aufzeigt, ein umfassendes Angebot in Rheine anbieten zu können.

Im Bereich der Grundschulen gab es viele Diskussion um die Zahl der Eingangsklassen, bedingt durch die Änderungen im Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen. Ohne hier die Einzelaspekte erneut aufzuführen zu wollen, so gilt unser Dank insbesondere den Grundschulen sowie den Eltern, die trotz aller Emotionen fair und sachlich geblieben sind. Es war keine einfache Diskussion und Entscheidung, aber umso richtiger war es, bereits im Sommer mit den Beteiligten verschiedene Möglichkeiten zu diskutieren, um Transparenz zu schaffen. Diesen Weg wollen wir gern mit den Schulleitungen, Lehren, Eltern, Schülern und der Verwaltung weiter gehen.

Mit der Sekundarschule haben wir in Rheine eine neue Schulform erhalten. Einig waren sich die politischen Vertreter bei der Einrichtung von zwei Sekundarschulen in Rheine. Bei der Standortfrage gab es viele Diskussionen, die durchaus ihre Berechtigung haben. Wir – als CDU – haben uns von Beginn deutlich für die Standorte an der Don-Bosco-Schule in Mesum sowie der Fürstenberg-Realschule im Schotthock entschieden. Damit haben wir den Eltern – und das bereits vor dem Anmeldeverfahren – ein klares Signal für die Standorte gegeben. Die Anmeldezahlen in Rheine haben diese Entscheidung bestätigt. Zu diesem Schuljahr sind die beiden Sekundarschulen an den Start gegangen. Anders als beispielsweise bei der SPD und den Grünen, ist für uns als CDU bei der Standortfrage nicht nur die Frage nach bestehenden Räumlichkeiten die Grundlage der Entscheidung. Für uns zählen mehrere Faktoren. Hier zählen auch die räumliche Einbindung in die soziale Infrastruktur, die Erreichbarkeit und Einbezug der gesamtstädtischen Schulsituation. Für uns ist es daher unvorstellbar, einen großen Stadtteil im Norden unserer Stadt ohne weiterführende Schule auszustatten, wie es die SPD und die Grünen wollen.

In den Schotthock gehört eine weiterführende Schule, ohne Wenn und Aber. Wir respektieren den Bürgerwillen und stehen dazu!

An dieser Stelle kurz ein Zitat aus der Münsterländischen Volkszeitung unter anderem vom SPD-Ratsherrn Detlef Wessling im Zusammenhang der Erneuerung der Marktstraße und am Thie: „Aufgabe von Politik sei es nicht, die billigste Variante auszuwählen. Wir wollen etwas für die Stadt tun und einen Mehrwert erreichen“, Zitat Ende.

Richtig, Herr Wessling, aber was für Pflastersteine gilt, darf doch für Bildung von Kindern nicht weniger wert sein.

Bemerkenswert ist allerdings, dass sich die Bürgermeisterin bisher zu der Standortfrage nie geäußert hat. *"Wie stehen sie eigentlich zu dem Standort Schotthock für eine Sekundarschule in Rheine, Frau Dr. Kordfelder? Geben sie den Bürgern doch ein Signal, wie die Bürgermeisterin zu der Entscheidung, im Schotthock eine Sekundarschule einzurichten, steht. Ich meine, die Bürger hätten diese Information verdient."*

Noch kurz ein Hinweis zur Planung der Baumaßnahme. Mit der Einrichtung der Sekundarschule „Stadt“ wurde auch ein entsprechendes Raumprogramm beschlossen. Die Umbaumaßnahme ist sehr komplex. Zum einen ist die Einbindung bestehender Bausubstanz erforderlich und zum anderen handelt es sich um eine vielfältige inhaltliche Aufgabenstellung. Darüber hinaus ist diese Maßnahme im Rahmen einer Integration in eines bestehendes Schulsystem durchzuführen. Um für diese Bauaufgabe die optimale Lösung zu erzielen, ist es angeraten, verschiedene Entwürfe nach Kriterien wie Funktionalität und Wirtschaftlichkeit sowie Gestaltung und städtebauliche Einbindung zu vergleichen. Diese sollen im Rahmen einer Mehrfachbeauftragung gewonnen werden. Wir sehen hier eine große Chance, trotz des zunächst höheren Aufwandes, die Gewähr für die optimale Lösung, inhaltlich wie finanziell zu erreichen. Die Verbindlichkeit für den Standort im Schotthock unterstreichen wir dadurch, dass wir neben der einen Million Euro für das Jahr 2014 jeweils zwei Million Euro für die Jahre 2015 und 2016 in den Haushaltsplan einstellen werden.

Ich weise hier ausdrücklich darauf hin, dass dieser Antrag in keiner Weise von Misstrauen gegenüber der Verwaltung geprägt ist, sondern sich einzig und allein auf der Tatsache der differenzierten Aufgabenstellung begründet.

Auch die in diesem Zusammenhang geplante Einrichtung eines baubegleitenden Arbeitskreises, bestehend aus Verwaltung und Politik, ist sinnvoll. Wir haben damit gute Erfahrungen bei Baumaßnahmen an der Euregio - Gesamtschule und beim Kopernikus - Gymnasium gemacht.

Dass sich SPD und Grüne jetzt nicht daran beteiligen wollen, ist ein Zeichen, dass man sich auch hier aus der Verantwortung stehlen will.

Meine Damen und Herren, lassen sie mich zum Schluss ein paar Worte des Dankes sagen.

Bedanken möchte ich mich im Namen der CDU-Fraktion für die konstruktive Kritik seitens der Öffentlichkeit an unserer Arbeit, und das Verständnis für die Entscheidungen, die wir getroffen haben.

Unsere Politik haben wir immer in Gesprächen und Foren mit den Bürgerinnen und Bürgern so transparent wie möglich gestaltet.

Wir entscheiden nicht über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg - auch wenn das einige Mitbürger immer wieder polemisch propagieren

Die CDU - Fraktion bedankt sich bei der Bürgermeisterin, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, namentlich bei unserem Kämmerer Herrn Krümpel und seinem Mitarbeiter, Herrn Wulkotte, für den Haushaltsentwurf sowie für die geleistete Arbeit der gesamten Verwaltung.

Wenn wir wollen, sind wir gemeinsam mit unseren Bürgerinnen und Bürgern, Bürgermeisterin, Verwaltung und Rat auf einem guten Weg, um in der Zukunft die Lebensqualität unserer liebens- und lebenswerten Stadt zu erhalten und zu verbessern.

Ich wünsche mir, dass der auf uns zukommende Kommunalwahlkampf, trotz unterschiedlicher Interessenslagen, durchaus sachlich hart, aber vor allem fair geführt wird, so dass man auch nach dem 25. Mai wieder gemeinsam konstruktive Kommunalpolitik betreiben kann.

Die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2014 mit seinen Anlagen, der mittelfristigen Finanzplanung und dem Stellenplan 2014 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.